

Bernd Rother

## Von Untoten und Wiederauferstandenen

### Über den Niedergang der Sozialistischen Internationalen und die Rückkehr der »Allianz«

Die 16 Jahre, in denen Willy Brandt an der Spitze der Sozialistischen Internationalen stand, gelten heute als die erfolgreichste Zeit in der Geschichte der Organisation. 1976 hatte es aber einiger Mühen seiner politischen Freunde bedurft, bis sich Brandt bereit erklärte, an die Spitze der SI zu treten. Sein Eindruck vom Parteienbündnis war denkbar schlecht: erstarrt, ineffektiv und unfähig, auf außereuropäische Kräfte zuzugehen. Brandt verfolgte daher seit 1975 ein alternatives Projekt: die »Allianz für Frieden und Fortschritt«. Heute erinnert sich niemand mehr daran. Aber in Vielem ähnelt Brandts fast 40 Jahre zurück liegende Initiative an die »Progressive Allianz«, die im vergangenen Mai in Leipzig aus der Taufe gehoben wurde. Die Parallelen gehen weit über den ähnlichen Namen und die Enttäuschung über die SI hinaus. Es gibt starke konzeptionelle Übereinstimmungen. Aber auch manche Ursachen der heutigen SI-Misere liegen genau in den damals innovativen Vorschlägen von Willy Brandt.

Seit Anfang der 70er Jahre debattierten Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky, Olof Palme, damals schwedischer Ministerpräsident, und Brandt grundsätzliche Fragen einer zukünftigen sozialdemokratischen Politik. Die drei waren sich einig, dass die freiheitliche Arbeiterbewegung auf den anderen Kontinenten Verbündete suchen sollte, um eine globale Alternative zum Kommunismus und zum ungezügeltten Kapitalismus zu schaffen und um für Europa mehr Unabhängigkeit von den Supermächten zu erreichen. Der Moment schien günstig: Die USA und die Sowjetunion waren durch den Vietnamkrieg, durch den sowjetisch-chinesischen Kon-

flikt und durch ökonomische Turbulenzen geschwächt. In der Dritten Welt verblasste die Attraktivität des revolutionären Weges à la Kuba. Europas Sozialdemokraten hatten mit dem demokratischen Wohlfahrtsstaat und mit der Entspannungspolitik weltweit attraktive politische Konzepte entwickelt und in die Tat umgesetzt. Einzig: Es fehlte ein Forum, um mit Reformkräften außerhalb des alten Kontinents zusammenzukommen.

Die europazentrierte Sozialistische Internationale war nicht in der Lage, dieses Forum zu bieten – darin waren sich Brandt, Kreisky und Palme schnell einig. Zu den Spitzentreffen kamen immer seltener die Parteivorsitzenden, stattdessen entsandten sie ihre Internationalen Sekretäre. Daraus entstand eine Abwärtsspirale, die auch das öffentliche Interesse auf einen Nullpunkt sinken ließ.

Für das Projekt einer Ausdehnung über Europa hinaus ergaben sich aus der Geschichte der SI weitere Hindernisse. Im Kalten Krieg hatte sie sich eindeutig auf Seiten des Westens positioniert. Viele Reformkräfte der Dritten Welt aber weigerten sich, die Blocklogik zu akzeptieren und für eines der beiden Lager zu optieren. Mit Sympathie für Moskaus Kommunismus hatte das selten zu tun. Aber das Vorgehen der USA in Lateinamerika, in Vietnam oder 1953 im Iran war wenig dazu angetan, sich einer uneingeschränkten Solidarität mit »dem Westen« zu verschreiben. Auch manche SI-Partei war unter Politikern der Entwicklungsländer nicht wohl gelitten: Die französischen Sozialisten hatten den Algerienkrieg mitgetragen, die britische Labour Party hatte lange gebraucht, die völlige Dekolonialisierung zu propagieren.

Die von Brandt, Kreisky und Palme konzipierte »Allianz« sollte nicht die SI ersetzen, aber den globalen Dialog organisieren, während die Internationale sich auf Europa beschränken würde. Als Vorbereitung auf die »Allianz«-Aktivitäten diente der SPD-Parteitag in Mannheim im November 1975. So viele internationale Gäste wie nie zuvor wurden eingeladen, insgesamt gab es 38 Delegationen. Die erste Aktivität der »Allianz« war eine Konferenz im Mai 1976 in Caracas. Sie brachte 13 europäische und 15 lateinamerikanische Parteien zusammen. Nie zuvor hatte es ein derart hochkarätiges Treffen gegeben. Europäer und Lateinamerikaner verständigten sich auf eine Abschlusserklärung, in der sie soziale Reformen in Freiheit forderten und einen ungezügelter Kapitalismus ablehnten. Willy Brandt unterstützte in seiner Grundsatzrede eine neue Weltwirtschaftsordnung, aber auch mehr Gerechtigkeit innerhalb der Entwicklungsländer. Die Schuld an Armut und mangelnder Bildung lag, so musste man diese Worte deuten, nicht nur bei den Regierungen des Nordens. Welche unterschiedlichen politischen Kulturen hier zusammenkamen, zeigte sich, als die Lateinamerikaner vorschlugen, das zu errichtende Verbindungskomitee geheim agieren zu lassen. Die europäischen Sozialisten hielten dies für abwegig. Im Übrigen aber war man sich einig, dass keine neue Organisation mit zentralem Büro und Apparat geschaffen werden sollte. Auch an eine formale Mitgliedschaft dachte man nicht. Der Diskussion über gemeinsam interessierende Themen sollte eine internationale Zeitschrift dienen, die aber nie erschien.

Ansprechen wollte man mit dem Forum »sozialdemokratische und ihnen verwandte fortschrittliche Parteien aus aller Welt«, wie es Willy Brandt formulierte. Von der indischen Kongress-Partei bis zu den US-Demokraten sah er Schnittmengen mit sozialdemokratischem Gedanken- gut – so wie heute die Schöpfer der »Pro-

gressiven Allianz«. Auf die europäisch-lateinamerikanische Zusammenarbeit sollten Kontakte nach Afrika folgen. Dazu kam es aber nicht. Die dort anvisierten Partner wie Kenneth Kaunda aus Sambia zeigten wenig Enthusiasmus. Programmatisch war die nichtkommunistische Linke in Afrika heterogener als in Lateinamerika. Im Kern gab es die eher prowestlichen Kräfte wie Leopold Senghor im Senegal oder Tunesiens Präsident Habib Bourguiba auf der einen Seite und auf der anderen Seite Tansanias Julius Nyerere, die Befreiungsbewegungen der bisherigen portugiesischen Kolonien und die Anti-Apartheidorganisationen des südlichen Afrika, die sich alle als antiimperialistisch verstanden. Einige von ihnen liebäugelten mit dem Marxismus-Leninismus. Was die Haltung zum Mehrparteiensystem angeht, waren die Unterschiede zwischen beiden Richtungen nicht sehr ausgeprägt; auch der Senegal und Tunesien kannten damals nur eine legale Partei. Das sozialdemokratische Führungstrio neigte erkennbar eher zu den »Antiimperialisten«.

Im Laufe des Jahres 1976 gab Willy Brandt dem immer stärker werdenden Drängen nach, als Präsident der SI zu kandidieren. Die »Allianz« als Organisation wurde nicht weiter vorangetrieben, aber die damit verbundenen Ziele verfolgte er nun im Rahmen der Internationale. Um neue Partner außerhalb Europas gewinnen zu können, weichte die SI das Bekenntnis zur Demokratie nach nordatlantischem Vorbild auf. Im Kalten Krieg hatte die SI sich entschieden, von allen Mitgliedsparteien ein unzweideutiges Bekenntnis zur parlamentarischen Staatsform zu fordern. Brandt und seine Freunde relativierten dies. Sie argumentierten, dass manchmal die Pluralität interner Strömungen in Staatsparteien ähnliche Freiheiten zulasse wie in anderen Ländern ein Mehrparteiensystem; als Beispiele dafür nannte er Mexiko und Tansania. Zehn Jahre später beschrieb Willy Brandt diese Politik vor dem SI-Coun-

cil, dessen lingua franca Englisch war, so: »One point that I would like to stress is that we have learnt in the Socialist International not to impose rules, let alone models, on each other. We also realised very early on that democracy is not only political in nature, but that it also has a cultural and a socio economic dimension of considerable amplitude. [...] The principle of pluralism and steps in the direction of more real democracy will certainly continue to be of crucial importance to us. But if we define our understanding of democracy in global terms, we will have to properly appreciate the traditions and living conditions prevailing in different parts of the world.«

Damals half diese Offenheit Europas Sozialdemokraten, Kontakte zur Dritten Welt aufzubauen. Sie konnten das Image, Hilfstruppe der USA zu sein, ablegen und traten auch nicht mit dem Anspruch auf, künftigen Mitstreitern vorzuschreiben, welches politische Modell sie praktizieren sollten. Ohne diese Haltung wäre die Solidarität mit den Sandinisten Nicaraguas nach dem Sturz der Diktatur nicht machbar gewesen. Aber sie führte auch Staatsparteien wie die Tunesiens und Ägyptens in die SI. Als sie 1989 aufgenommen wurden, hoffte man auf eine allmähliche Demokratisierung in diesen Ländern und erwartete, mit Hilfe der neuen Mitglieder den Friedensprozess im Nahen Osten befördern zu können. Beides bewahrheitete sich nicht.

Seit den 90er Jahren hat sich auf der Linken der politische Diskurs gewandelt.

Der Stellenwert der parlamentarischen Demokratie als überall gültiger Wert wuchs, der Relativismus der 70er und 80er Jahre fand zunehmend Kritiker. Universalistische Positionen gewannen auch deswegen an Einfluss, *Festhalten an alten Konzepten* weil sie nun nicht mehr gleichbedeutend mit einer Parteinahme im Ost-West-Konflikt waren. An der SI ging diese Debatte weitgehend spurlos vorbei. Sie hielt auch unter veränderten Umständen an den alten Konzepten fest – stets ein sicherer Weg in die politische Bedeutungslosigkeit.

Wird sich die »Progressive Allianz« als Alternative zur SI etablieren können? Die Liste der Parteien und Organisationen, die mitmachen, ist beeindruckend. Aber Quantität garantiert nicht Qualität – gerade der Niedergang der SI trotz enormem Mitgliederzuwachs bestätigt diese Binsenweisheit. Unter Willy Brandt wurde die SI zum Global Player, weil sie nicht alle, sondern die richtigen Themen besetzte. Zudem: Nicht die offiziellen Sitzungen und Resolutionen waren bedeutsam, sondern die Kontakte und Debatten, die am Rande liefen, machten sie attraktiv. Israelis und Palästinenser, Argentinier und Briten, aber auch Deutsche und Franzosen konnten hier versuchen, Trennendes zu überwinden und nach Gemeinsamkeiten zu suchen. Und schließlich sollte die Bedeutung einer international geachteten Führungspersönlichkeit, die der Allianz ein Gesicht verleihen kann, nicht unterschätzt werden. Ob die »Allianz« diese Herausforderungen meistern wird, bleibt abzuwarten.



#### **Bernd Rother**

ist Historiker und stellvertretender Geschäftsführer der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Herausgeber von *Willy Brandts Außenpolitik* (2014).

b.rother@willy-brandt.de